



Nr. 35.

Breslau, Sonnabend den 10. Februar

1844.

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

Redacteur: N. Hilscher.

Wöchentliche Uebersicht der Nachrichten.

Inland. Einen Auszug aus der Uebersicht der im Jahre 1842 im gesamten deutschen Zollvereine stattgehabten Waaren-Ein-, Aus- und Durchfuhr s. in Nr. 29 d. J. — Se. Maj. der König ist am 31sten v. M. von Jahnishausen zurückgekehrt. — Die A. Pr. 3. läugnet den Uebertritt russ. Truppen in das Großherzogthum Posen auf das bestimmteste ab. — Eine k. Verordnung beschränkt die Zahl der überzähligen Offiziere in der Armee mehr und mehr. — Nach der Angabe eines unserer Berliner Correspondenten wurden in den letzten 3 Jahren der Regierung des verstorbenen Königs bedeutend weniger schwarze Adlerorden und rothe Adlerorden erster Classe erhalten, als unter Sr. lebt regierenden Majestät. — Einen Auszug aus dem Berichte der Hauptverwaltung der Staatsschulden über ihre Geschäftsführung in den letzten 10 Jahren s. in Nr. 30 und 31 d. J. Nach diesem Berichte sind von der Totalsumme der verzinslichen Staatsschuld im Betrage von 206,733,170 Rthlr. 28 Sgr. 6 Pf. bisher 67,872,083 Rthlr. 14 Sgr. 6 Pf. getilgt worden, so daß 138,861,087 Rthlr. 14 Sgr. 4 Pf. statmäßig noch verbleiben. — Verordnungen über die ostpreußische General-Landschaft und die Majorenität der Juden s. in Nr. 33 d. J. — Im Frühjahr v. J. wurden auf sämtlichen Wollmärkten der Monarchie 165,129 Gr. Wolle für ohngefähr 10,685,697 Rthlr. verkauft.

Deutschland. Am 29sten v. M. starb in Gotha der regierende Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, in dem Alter von 60 Jahren. Sein Sohn und Nachfolger, Herzog Ernst, ist 26 Jahre alt. — Der frühere Bürgermeister von Bittau, jebige Regierungsrath Schill in Dresden, ist Director der sächsisch-schlesischen Eisenbahn geworden. Der Sis des Directoriums ist in Dresden, der des Ausschusses in Bautzen. — Prof. Murhard in Cassel wurde am 23sten v. M. wegen des Artikels „Staatsgerichtshof“ im Rotteck-Welcker-Schen Staatslexicon gefänglich eingezogen, weil in demselben eine Beleidigung des dortigen Appellationsgerichts liegen soll. Hr. Murhard ist jedoch gegen eine Cau-
tion von 6000 Rthlr. (!) wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Frankreich. In der Deputirtenkammer hat das strafende Verfahren gegen die Legitimisten wegen ihrer Demonstrationen in London für die Regierung ernste Folgen gehabt, wie sie das Cabinet wohl nicht erwartete. In dem 10. und letzten §. der Adresse, welcher sich auf die Legitimität bezieht, ist gesagt, daß die öffentliche Gesetzgebung strafbare Kundgebungen brandmarke. Diese Aeußerung gab Veranlassung zu einer höchst stürmischen Debatte, in welcher vorzüglich Berthier und Larochejacquelain die Legitimisten vertheidigten und ersterer mit Guizot in einen Wortwechsel geriet, worin er diesem die alte Reise nach Gent wieder vorwarf, was den Minister so aufbrachte, daß er zuletzt vor Mattigkeit kaum mehr sprechen konnte. Unter fortwährendem allgemeinem Lärm wurde die Verhandlung geschlossen. Trotz dieser tumultuarischen Opposition behielt die Kammer den Ausdruck „brandmarken“ bei und die Adresse wurde mit einer Majorität von 30 Stimmen angenommen. Ja Folge desß haben die beiden oben genannten Legitimisten, so wie die H. v. Valmy, Tracy und Blin de Bourbon ihren Aussitz aus der Kammer angezeigt und es steht nun zu erwarten, welche Wirkung dieser Schritt haben wird. Wenn man bedenkt, daß eine ministerielle Majorität von nur 30 Stimmen die zweitkleinst ist, welche seit 1830 bei den Adressdebatten vorgekommen (bei der kleinsten von 13 Stimmen im Jahre 1839 restellte das Ministerium Molé), so erscheint die Indes denkt Guizot'schen Ministeriums gefährdet. Den Rücktritt, denn das wohlunterrichtete Journal des Débats erklärt, daß es ein Zeichen der niedrigen Freiheit oder der äußersten Geistesbeschränkung sein würde, wenn das Cabinet unter den obwalzenden Umständen der Opposition das Feld räumen wollte. Dagegen ist nicht zu übersehen, daß die Dynastie durch den nur eben errungenen Sieg sich $\frac{2}{3}$ der großen Grundbesitzer Frankreichs, denn die meisten

unter diesen sind Legitimisten, zu erbitterten Feinden gemacht hat, auf welchem Boden Restaurationspläne leicht Wurzel fassen können. — Am 2ten d. Ms. zeigte Oberst Briquerville in der Deputirtenkammer den Tod des Generals Bertrand an.

Spanien. Die Entscheidung über die Vermählung Isabella's tritt einstweilen in den Hintergrund. Die Aerzte derselben erklären, daß der körperliche Zustand der jungen Königin eine Verschiebung der Vermählung auf etwa zwei Jahre durchaus nötig macht. — In Folge der Untersuchung gegen die Redacteure des Eco del Comercio, Mendialduz und Meca und den Deputirten Mateo, welche der Anstiftung des Mordversuches gegen Narvaez angeklagt sind, hat der Staatsanwalt gegen die beiden ersten auf 8jährigen Festungsarrest und gegen den letzten auf Todesstrafe angetragen. — In Saragossa veranlaßte die Einwaffnung der Nationalgarde Unruhen, welche jedoch bald unterdrückt wurden.

Großbritannien. Die Erzählung von dem Uebertritt zahlreicher Protestanten in Falmouth zur katholischen Kirche war eine reine Erfindung. — Am 27sten v. M. eröffnete in Dublin Hr. Sheil die Vertheidigung der angeklagten Repealer mit einer glänzenden Rede, welcher enthusiastischer Beifall folgte. Einen Auszug aus derselben s. in Nr. 31. Viele sah man Thränen vergießen, darunter O'Connell selbst.

Schweden. Der graue König ist am Morgen seines 81sten Geburtstages (26. Jan.) an einem Blutbrocken erkrankt. Ein Adelöf, der erste in seinem Leben, schaffte ihm Erleichterung; jedoch ist nach den letzten Buletins der Zustand des Monarchen noch immer unruhig und.

Griechenland. Nach dem Constitutionsentwurf ist der Sklavenhandel im Königreiche verboten. Die Sklaven aller Nationen sind frei, sobald sie den griechischen Boden betreten. Pressefreiheit ist eingeführt und die Censur wird unter keinem Vorwande geduldet.

Osmannisches Reich. Den neuesten Nachrichten aus Belgrad zufolge herrscht in dieser Hauptstadt, so wie in ganz Serbien vollkommene Ruhe. Am 24sten v. M. wurden sämtliche verhaftete Theilnehmer an dem letzten Complotte nach Kragujevac abgeführt, wo über sie Gericht gehalten werden soll.

Ministerialblatt des Innern. Schreiben aus Berlin.

Schreiben aus Köln. — Aus St. Petersburg.

— Nachrichten aus Frankreich und Spanien.

— Eröffnung des grossbritannischen Parlaments.

— Buletins aus Schweden. — Der griechische

Verfassungsentwurf.

Uebersichtliche Resultate des siebenten Schlesischen Landtages.

I. Der siebente schlesische Landtag wurde den 5. März 1843 eröffnet und den 5. Mai geschlossen, war mit hin länger zusammen, als der jeder andern Provinz. Der Landtags-Abschied für Schlesien ist wie der für die übrigen Provinzen vom 30. December 1843 datirt. Die Berathungen des Landtags erstreckten sich in jenen 2 Monaten über 16 königl. Propositionen und 130 eingereichte Petitionen. Was die ersten betrifft, so erschienen über 4 derselben, die von hoher Wichtigkeit waren, die bezüglichen Verordnungen, übereinstimmend mit den Wünschen der Stände, schon vor Publikation des Landtags-Abschieds; sie betrafen 1) die zum Zweck einer Auseinandersetzung eingeleiteten Subhastationen, 2) Freilassung des Bettwerks bei Executionsvollstreckungen, 3) Verkauf der Früchte auf dem Halm und 4) die bürgerlichen Rechte bescholtener Personen. Ebenso stimmt der Landtags-Abschied mit den Erklärungen der Stände überein in den Propositionen 10 — 16, nämlich 10) daß von Erneuerung des auf Ablösung technischer und gewerblicher Leistungen in Folge einseitiger Provocation gerichteten Antrags des 5ten Landtages für jetzt abgestanden werde; 12) daß den Besitzern der Görlitzer Landfassen-Güter das Recht der Veräußerung auf dem Provinzial-Landtage im Stande der Ritterschaft nicht zugestehen sei, 13) daß die Dötschafien Leubus, Freyhahn, Karlmarkt in den Stand der Landgemeinden übertragen können, wegen Dyhnsfurth aber noch eine weitere Prüfung stattfinde; 14) daß die Det-

schaft Günthersdorf in den schles. Provinzial-Verband übertrrete; 15) daß die Wahl des Ausschusses wegen Errichtung des Land-Armen-Verbandes, und 16) der Mitglieder des ständischen Ausschusses genehmigt wird.

II. Die Verhandlungen über Proposition 5) des Strafgesetzbuchs, 6) der Zusammerechnung der Besitzzeit der Erblasser und Erben bei der zur Ausübung ständischer Rechte erforderlichen Dauer des Grundbesitzes, 8) der Provinzialrechte, 9) des Entwurfs eines allgemeinen Bergrechts, 11) der Aufhebung des §. 2 der Ablösungs-Ordnung vom 7. Juni 1821, werden bei den ferneren Berathungen, denen diese Gegenstände noch unterliegen, berücksichtigt werden. Bei 8) wurde eine Bitte in weitere Erwägung gezogen, eine andere aber abgeschlagen; die zu 9) gestellten drei speziellen Anträge wurden nicht genehmigt.

III. Von den 130 eingereichten Petitionen wurden nur 53 der Berücksichtigung des Landtags werth gefunden; wenn man bedenkt, daß stets $\frac{2}{3}$ der Stimmen für eine solche Berücksichtigung sich erklären müssen, so wird man zugestehen, daß diese 53 Petitionen nur von großer Wichtigkeit für die ganze Provinz sein können. Von denselben werden neun unbedingt genehmigt, nämlich 1) die Aufstellung des Bildnisses Sr. Maj. im Sitzungssaale der Stände; 2) die Einrichtung eines besondern Stadtgerichts-Depositoriums für die Stadt Wünschelburg, wenn nicht besondere Bedenken entgegenstehen; 3) die Aufhebung des Erbrechtes der Straf- und Besserungs-Anstalten auf den Nachlaß der in ihnen verstorbenen Stäflinge und Corrigenden; 4) Vorlegung des Ehescheidungs-Gesetzes an den Provinziallandtag — sofern dasselbe überhaupt noch Bestimmungen enthalten sollte, irrsächlich deren verfassungsmäßig das Gutachten der Stände einzuholen ist; 5) Unterstützung der Taubstummen-Anstalt in Breslau aus der Staatskasse; 6) Baldige Emanzipation des Gewerbe-Polizei-Gesetzes; 7) Umlegung der Städte Striegau und Münsterberg in den Aten und 6ten Wahlbezirk; 8) Einführung von Dienstbüchern für das Gefinde auf Stromschiffen; 9) Herabsetzung der Insertions-Kosten für den öffentlichen Anzeiger der Amtsblätter von 5 Silbergr. auf 4 Silbergr. die Zeile.

IV. Außer diesen 9 Petitionen wurden sieben teilweise oder unter Beschränkungen genehmigt, nämlich 1) Aufhebung der durch das Gesetz vom 7. Juli 1833 festgestellten Vorrechte des Fiskus bei Zahlung von Zögerungs-Zinsen, genehmigt unter Beschränkungen, welche geeignet sein werden, die Staatsfassen bei außerordentlichen Ereignissen vor übermäßigem Anspruch zu schützen; 2) Verstattung der Justiz-Kommissarien zur freien Praxis bei allen Gerichten — genehmigt hinsichtlich der Unfertigung von Vorstellungen, Eingaben u. s. w., nicht aber für die eigentliche Prozeß-Praxis. 3) Vervollkommenung und Erweiterung des Schiedsmänner-Amts; die erbetene unbedingte Stempelfreiheit für die Vergleichs-Verhandlungen der Schiedsmänner wird nicht bewilligt. 4) Klagen der Patrimonial-Gerichtsherrn gegen ihre Gerichts-Eingesessenen; in Prozessen der Guts herrschaft gegen die Gerichts-Eingesessenen soll der beklagte Theil auch ohne Verhorresenzgründe, auf die Entscheidung des zunächst vorgesetzten Gerichts zu provozieren die Befugnis erhalten. 5) Vermehrung der Kunststrafen; Bau der Straße von Ratibor bis zur Landesgränze und eine Chaussee von Jägerndorf nach Gosei im Wege eines Aktienunternehmens mit Zuschüssen aus den Staatsfassen wird in Aussicht gestellt. 6) Verbesserung der Oder-Schiffahrt. 7) Befreiung von den Kriminal-Kosten in den Untersuchungs-Sachen gegen unvermögende Frauen und Kinder derjenigen Soldaten, welche zu Garnison- und Invaliden-Compagnieen gehören.

V. Außerdem konnten eilf Petitionen vorläufig noch nicht genehmigt werden, weil die betreffenden Ge genstände noch der Berathung der Staatsbehörden unterliegen. Unter diesen heben wir als die wichtigsten hervor: 1) Einrichtung von Handelsgerichten und Emanzipation eines besondern Handels-Gesetzbuchs; 2) Beschleunigung der Revision des Wechselsechts; 3) Ermäßigung des Brief-Porto's; 4) Befreiung aller Kosten für Aufgreifung, Detention und Transport der

Bettler und Vagabunden durch die Staatskasse; 5) Vermehrung der Vieh-Quarantine-Anstalten; 6) Revision des schlesischen Pfand-Amortisations-Systems u. s. w.

VI. Endlich wurden sieben und zwanzig Petitionen unbedingt nicht genehmigt. Unter diesen stehen oben an: 1) die „Bitte um eine grössere Anzahl als 12 Mitglieder, für die Provinz Schlesien zu dem ständischen Ausschusse“ konnte nicht genehmigt werden, weil dadurch die Gleichheit der Vertretung der verschiedenen Provinzen in der Versammlung der vereinigten Ausschüsse aufgehoben würde und auch andere Provinzen aus den mannigfachsten Gründen eine Vermehrung in Anspruch nehmen dürften; 2) Offentlichkeit der Landtags-Versammlungen und Veröffentlichung der Protokolle, unter Aufführung der Namen der Redner, durch Redaction von Landtagsblättern; der letztere Theil der Bitte wird in weitere Erwähnung gezogen; 3) und zwar a) Beschränkung des zehnjährigen Grundbesitzes auf eine fünfjährige Dauer der Besitzzeit für die städtischen Abgeordneten — bleibt einer weiten Prüfung dieses Gegenstandes überlassen; dagegen wird b) die Bitte, die Wählbarkeit dieser Abgeordneten nicht mehr durch den Betrieb bürgerlicher Gewerbe zu bedingen und c) den zur Wählbarkeit eines Abgeordneten im Stande der Landgemeinden erforderlichen Steuersatz auf die Hälfte herabzusezen — nicht genehmigt. 4) Offentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen — nicht genehmigt; dagegen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Veröffentlichung ihrer Beschlüsse in einem Lokalblatte schon nach der Städte-Ordnung gestattet ist. 5) Die Bitte, daß bei Petitionen die einfache Stimmenmehrheit ausreichend sein möge, um zur Kenntnis Sr. Maj. zu gelangen. 6) Erweiterte Vertretung des Standes der Städte und der Landgemeinden auf dem Provinzial-Landtag; 7) Suspension des Gesetzes vom 28. Febr. 1843 wegen Benutzung der Privatflüsse. Da diese 3 zuletzt erwähnten Petitionen die erforderliche Stimmenzahl von zwei Dritteln nicht erlangten, so hatten sich die Stände der Städte und Landgemeinden von den beiden übrigen Ständen getrennt und gesondert die Petition an den König gelangen lassen (*itio in partes*). Es wird in dem Landtags-Abschiede gezeigt, daß in diesen 3 Fällen eine solche *itio in partes* gesetzlich nicht stattfinden durfte. Unter den übrigen heben wir noch als eine der wichtigsten Petitionen 8) diejenige hervor, durch welche gebeten wurde, bei Ausbildung der Seminaristen statt des erst kürzlich eingeführten zweijährigen Cursus wiederum den früheren dreijährigen eintreten zu lassen. Sie wurde nicht genehmigt, weil die neue Einrichtung auf den in anderen Provinzen in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen beruht und mit anderweitigen Anordnungen, wegen Vorbildung der Präparanden für das Seminar, zusammenhängt, so daß die Bildungszeit der Schulamts-Aspiranten künftig einen grösseren Zeitraum als bisher umfassen wird. Die übrigen 19 nicht genehmigten Petitionen betreffen, wenn auch nicht unwichtigere, doch speciellere Angelegenheiten.

Inland.

Berlin, vom 8. Februar. — Der General-Major und Inspekteur der 4. Artillerie-Inspektion, v. Scharnhorst, ist von Stettin hier angekommen.

Der General-Major und Commandant von Graudenz, v. Barfus, ist nach Graudenz abgegangen.

Der General-Major à la Suite Sr. Majestät des Kaisers von Russland, v. Krusenstern, ist von St. Petersburg kommend, nach Kopenhagen hier durchgereist.

Das neueste Ministerialblatt für die gesammte innere Verwaltung enthält u. a. folgende Verfügungen: Vom 12. December 1843. Die Eckenntisse wider Beamte sind auch an den betreffenden Departementschef und an die betreffende Regierung zu übersenden. — Vom 13. December. Die Wahl der vor Ablauf der bestehenden Dienstperiode niedergewählten Communalbeamten bedarf der minutiösen Bestätigung. — Vom 14. Decbr. Die Wahl von Staatsdienfern und Justizcommissarien zu Vorstehern und Protokollführern der Stadtverordneten-Versammlungen ist zuzulassen, sobald die den lechteren vorgesetzte Dienstbehörde damit einverstanden und für das Gemeinwohl davon kein Nachtheil zu befürchten ist. — Vom 26. Novbr. Städtische Schulzengilden sind nicht als Privatgesellschaften, sondern als städtische Corporationen zu betrachten und stehen somit unter Aufsicht der Stadtbehörde. — Eine Circular-Verfügung vom 12. Decbr. betrifft das Verfahren bei Regulirung des Interimisticums in streitigen geistlichen und Schulbausachen. — Vom 26. Decbr. Empfehlung, geistliche und Schulgebäude bei öffentlichen Brand-Assecuranzen zu versichern. — Vom 31. Decbr. Die Personen der Bezirks- und Lokal-Gesellen sind durch das Amtsblatt zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. — Vom 27. Novbr. Stadtkommunen haben zur Herstellung von Höfen bei Justizgesängnissen ihren Anteil beizutragen. — Vom 4. Decbr. Die Einsperrung inländischer Landstreicher in Correctionsanstalten braucht nicht erst vom erkennenden Richter aus-

gesprochen zu werden, weil sie nicht ein Theil der Strafe ist, sondern nach ausgestandener Strafe erfolgen soll. — Vom 16. Decbr. Der Forst- oder Domainen-Baufond hat zur Anschaffung neuer fahrbarer Feuerspritzen in den Communen mit beizutragen, wenn Domainen- oder Forstgebäude in denselben liegen. — Vom 24. Decbr. Die Ertheilung der Erlaubniß zur Anfertigung von Blitzebleitern liegt der Polizei ob, und nicht den Baubeamten wie bisher. — Vom 30. Novbr. Statt der bisherigen vierteljährlichen sollen in Zukunft nur halbjährliche Bauropporte eingereicht werden. — Vom 6. Decbr. Das Gesetz vom 28. Februar 1843 wegen Benutzung der Privatflüsse schließt keineswegs den Rechtsweg bei Streitigkeiten aus; es bezieht sich nämlich der zweite Satz des §. 23 bloß auf Streitigkeiten, welche in Folge eines nach §. 19 u. f. extrahirten Provocationsverfahrens entstanden sind. Auch ist die Behauptung, daß es in der preussischen Gesetzgebung keinen Fall gebe, in welchem es von der Willkür eines Beteiligten abhänge, einen streitigen Fall zur Cognition der Justiz- oder der Verwaltungsbehörde zu bringen, nicht unbedingt richtig. — Vom 9. Novbr. Der badenschen Schiffahrts-Assecuranz-Gesellschaft zu Mannheim wird die Errichtung von Agenturen in der Rheinprovinz gestattet. — Vom 14. Decbr. Kreisphysikern ist Arztlohn für die Behandlung commandirter Militairpersonen zu bewilligen. — Vom 30. Novbr. Eine königl. Regierung hatte angenommen, daß ungeimpft gebliebene selbstständige Individuen, wenn sie von den Blättern befallen werden, zu bestrafen seien; davon steht im Gesetz kein Wort, sondern nur, daß die Eltern oder Vormünder strafbar sind, deren Kinder oder Mündel nicht vaccinirt worden sind, wenn sie, außer im ersten Lebensjahre, von den natürlichen Blättern befallen werden. — Vom 13. Novbr. Bei Erledigung von Auseinandersetzungs-Rezessen sind diejenigen Lehnsherren ic., welche dagegen Widersprüche erhoben, mit zu ziehen. — Vom 13. Octbr. (Allerhöchste Kabinets-Ordre). Bei Verträgen mit fiskalischen Behörden darf die Erhebung der betreffenden Stempelbeträge nicht, wie häufig geschehen, entweder behufs unstatthaften Gewinns des eigenen Fonds, oder als Akt der Liberalität, nicht unterbleiben. — Vom 21. Decbr. Den Besitzern vormaliger Domainen-Grundstücke kann die bisher nachgelassene Ablösung von Domänenabgaben nicht ferner gestattet werden, und die Verfügung vom 23. Januar 1838 tritt außer Kraft. — Vom 25ten November. Zur Verminderung der Schreiberei sollen in Zukunft Forstversorgungsscheine nicht, wie bisher, bloß für einen Regierungs-Bezirk, sondern für die ganze Monarchie gültig ausgesertigt werden. — Vom 15. Novbr. Empfehlung und Anleitung zur Anlegung von Eichenhälwalddungen. — Vom 27. Novbr. In dem Edict der Ministerien des Kriegs und des Innern vom 26. Mai ist das Wort zum dritten Mal, ein Schreibfehler; es muß heißen: zum vierten Male. — Vom 31. Octbr. Alleinstehende Postbeamte haben während der Dauer ihres Landwehrverhältnisses an einer Übung im Stabsquartier Theil zu nehmen, und werden so lange vertreten. — Vom 2. Decbr. Für Umfahrung bei Sperrung des directen Weges darf die Post kein Personengeld erheben. — Vom 16ten Decbr. Für Briefe und Sendungen nach dem Königreich Polen werden keine Postvorschüsse mehr geleistet. Davon sind die auswärtigen Postanstalten von den diesseitigen, welche mit ihnen in Karten-Kartell-Wechsel stehen, zu benachrichtigen.

△ Schreiben aus Berlin, vom 7. Februar. — Man hat sich zwar oft über die Leichtgläubigkeit französischer Blätter zu beklagen gehabt, mit welcher sie ihren Lesern Correspondenzen über deutsche Zustände austischen; aber ein so frappantes, ridiküles Wesen, wie es uns der gestern hier angekommene Courier français brachte, ist lange nicht da gewesen. Nur damit Ihre Lest sich durch den Augenschein überzeugen, welche Glaubwürdigkeit französische Blätter überhaupt haben, theile ich Ihnen das nachfolgende mit. Bekanntlich wurde hier, weil der französische, legitimistische Gesang: *Vive Henri IV!* ebenfalls exekutirt werden sollte, woran man für bekannte Compilationen Anstoß gerade in der jetzigen Zeit erwartete, ein Concert abgesetzt. Die Sache hatte weiter gar keine Bedeutung, als daß viele Leute nach Hause gehen mußten, ohne Musik gehört zu haben, und war bei uns längst vergessen. Nun lesen wir im Courier français vom 1. Februar, einem bekanntlich gemäßigten Blatt, folgende Original-Correspondenz aus Berlin, welche Ihre Lest erbauen und welche sie belehren wird, wie wohlunterrichtet französische Zeitungen sind. Nachdem der Berliner Correspondent ein Langes und Breites in den Riesenpaläten über den wohltätigen Zweck, über den musikalischen Inhalt und über den Eintrittspreis des Concerts gesagt, fährt er durchstöckig folgendermaßen fort: Eine ungeheure Menge versammelte sich vor dem Theater. Um 5 Uhr kamen die Wagen in solcher Anzahl, daß die benachbarten Straßen sich alle verstopften. Als das Theater zur bestimmten Zeit noch nicht geöffnet wurde, ergriff die heftigste Unzufriedenheit das Volk, der Schrei erhob sich: Aufgemacht!

Aufgemacht! und Läusende wiederholten diesen Schrei. Da bestieg einer der Regisseure den Balkon, und nachdem er die drei gewöhnlichen Verbeugungen gemacht, die auf der Scene Sitte sind, sprach er mit ängstlicher Stimme und Gebärde: das Concert wird nicht statt finden; ein verehrungswürdiges Publikum wird höflichst ersucht, sich morgen an der Kasse das Geld wiedergeben zu lassen. Nun erfuhr man, daß die Vorstellung unterblieb, weil einige Mitglieder des diplomatischen Corps sich dahin geäußert, es sei ein Scandal, daß revolutionäre Gesänge in diese im Lokale vorgetragen werden sollten. Von allen Seiten rief man: *A bas la police! vive le peuple! vive la liberté!* und warf mit Steinen nach dem Theater. Die Polizei forderte das Volk auf, sich zu zerstreuen; aber das Volk drängte sich in immer dichteren Massen heran und summte weithinlautend die Marschallaise und die Kriegs-Hymne*) an. Nun erst schritt die bewaffnete Macht ein. Gendarmen und Dragoner griffen drei Mal die Menge an, die nach vergeblichem Widerstand sich zurückzog und 120 Verwundete auf dem Platze ließ. Polizeimannschaften und Dragoner bewerkstelligten die Verhaftungen, deren Anzahl einige auf 200, andere auf 300, andere sogar auf 400 angeben. Die Justiz hat die Untersuchung über diese Angelegenheit bereits eingeleitet, qui a cause ici une vive émotion. Also die französische Original-Correspondenz im Courrier, die unserem ehrenwerthen Vater Münchhausen in manchen Stücken nicht besser hätte gelingen können. So schreibt man — Geschichte. — Erst heute brachte uns die spät eingetroffene englische Post die britische Thronrede. An der Börse war sie bekannt und machte einen guten Eindruck. Die Stelle: „meine freundschaftlichen Beziehungen zu dem König der Franzosen und das zwischen meiner und der Regierung Sr. Majestät glücklich begründete Einverständniß ...“, wirkte auf die Haltung der Papiere günstig und wird dazu beitragen, das gegenwärtige französische Ministerium zu stützen. — Die mit den englischen Prozeß-Chicanen vertrauten Rechtsgelehrten sind der Meinung, daß D'Connell wegen Mangel an Beweisen freigesprochen werde. — In Königberg lag der Schnee in immenser Höhe auf den Straßen. Alle Zugänge zur Stadt waren verschneit; das Wild kam bis vor die Thore der altpreußischen Festung; und selbst einen Wolf will man erblickt haben. — Glauben Sie doch kein Wort von der angeblich bevorstehenden „Reorganisation“ des Kammergerichts und des Ober-Tribunals; das Ganze reducirt sich darauf, daß es im Vorschlage ist, für die Tagesordnung subalterne Veränderungen zu treffen.

(Magd. 3.) Die Hoffnung, daß die Königin Victoria im Frühjahr Berlin besuchen werde, scheint man jetzt ausgegeben zu haben, indem der Todestall in der Familie ihres Gemahls, des Prinzen Albert, in dieser Hinsicht eine Änderung hervorgebracht haben soll. Wie man hört, werden die beabsichtigten Hoffeste wegen der von unserm Hofe angelegten Trauer in diesem Winter nicht stattfinden. — Wie man von hiesigen Personen erfährt, welche Schreiben von Köln erhalten haben, ist man daselbst mit der Veranstaltung eines großen Maskenzuges gegenwärtig beschäftigt. Die große Munde ein Diplom als Ehrenmitglied zugesandt.

Pillau. Die Anzahl der russischen Ueberläufer, die bis jetzt in Pillau untergebracht gewesen sind, beläuft sich im Ganzen auf 584 Mann. Hieron waren 199 Soldaten, die übrigen 385 Kantonspflichtige. Nach der Festung Graudenz wurden 140 Mann transportirt. 29 Mann mussten mit Prügel bestraft werden, 3 wurden in die Militair-Straf-Anstalt eingestellt, 74 sind desertirt und 91 nach ihrer Heimat freiwillig zurückgegangen. Mehre dieser noch in der Festung Pillau befindlichen Russen sehen in Kurzem der Ankunft ihrer Frauen und Kinder entgegen, die bis jetzt im größten Elend zurückgeblieben waren.

Posen, vom 7. Febr. (Pos. 3.) Einem hier versprechenen, — von einzelnen beteiligten Individuen bestätigen — Gerücht zufolge soll den polnischen Emigranten der Aufenthalt in den Landestheilen diesseits der Elbe fernherin nicht gestattet werden. Da uns über diese Bestimmung eine offizielle Mittheilung nicht zugegangen, die Angaben des Gerüchts über die Einzelheiten derselben aber sehr von einander abweichen, so enthalten wir uns jeder näheren Mittheilung derselben, bis uns eine unzweifelhafte Kunde darüber gekommen sein wird.

Düsseldorf, vom 2. Febr. (Pos. 3.) In Folge freisinniger Reden, die in den letzten Sitzungen des „allgemeinen Vereins der Karnevalsfreunde“ gehalten wurden, hatten sich hohe Beamte zu der Erklärung veranlaßt gefunden, den nächsten Sitzungen nicht mehr als „Narren“, sondern als „Beamte“ beizuhören. Da die Vereinsmitglieder aber nicht unter polizeilicher Aufsicht stehen wollen, so haben sie gestern Abend den Verein aufgelöst.

Vom Rhein, vom 5. Febr. (Magd. 3.) Da nun die Eisenbahn von Köln nach Bonn fertig ist, spricht man auch schon von einer Weiterführung derselben bis

*) Kennt kein Mensch bei uns!

Görlitz (8 Meilen). — Indes man bei der Einrichung des Schwanenordens die Frage aufgeworfen, ob Juden eintreten könnten, was Manche negativ beantworten wollen, ist in Trier ein wohlthätiger Hülfssverein zusammengetreten, bei welchem man die Juden ausgeschlossen hat; der dortige Oberrabbiner hat die Erklärung veröffentlicht, daß er gar nicht aufgefordert worden ist, daran Theil zu nehmen.

Von den beiden Hermesianern, Achterfeld und Braun, kann letzterer nun als Kirchenrechtslehrer in einer juristischen Fakultät dociren, für Achterfeldt als Dogmatiker dürfte nicht so leicht eine Professur sich vorbieten. Beide redigieren unterdessen noch immer ihre theologische Zeitschrift. — Im Wupperthal hat man eine Collecte für die armen schlesischen Weber eröffnet; man hält es für besser, das Geld so als für Karnevalsposten auszugeben. Die Wupperthaler haben Recht — Gutes thun, erzeugt die echte Freude.

Die Köln. Zeit. meldet aus Köln vom 3. Februar: Unser heutiges Blatt enthält die Aeußerung, daß wegen einer dort erwähnten Herausforderung zum Duell ein hoher Beamter in Königsberg wohl seine Entlassung werde nehmen müssen. Uns ist nun ein aus guter Quelle stammendes Privatschreiben mitgetheilt worden, aus welchem sich ganz deutlich ergiebt, daß jener Beamte, Hr. Ober-Präsident Bötticher, sich im vollsten Rechte befindet, und demnach schwerlich Veranlassung hat, jenes Vorfalls wegen seine Entlassung zu nehmen oder dieselbe überhaupt gefährdet zu sehen. Das erwähnte Schreiben aus Königsberg äußert: Hr. R. v. K. war auf die Regierungs-Hauptkasse gegangen, um Beauftragten Ankaufs von Vollblutpferden eine Zahlung zu leisten, die von den betreffenden Beamten jedoch aus dem Grunde nicht angenommen wurde, weil die Statuten des Actienvereins zum Ankauf solcher Pferde nur den Besitzern großer Grundstücke den Eintritt in denselben gestatten, Hr. v. K. aber sein Gut schon vor längerer Zeit verkauft hat. Dieser begiebt sich von der Kasse direct zum Hrn. Ober-Präsidenten B., um Beschwerde zu führen. Er wird von demselben sogleich empfangen, zum Niedersitzen eingeladen, und erhält in dem angemessensten Tone über Alles umständliche Auskunft. Dem Hrn. v. K. genügen indessen die ihm ertheilten Nachweisungen nicht; er wirkt plötzlich dem Hrn. Ober-Präsidenten vor: „er behandle diese Angelegenheit als Parteisache.“ Als ihm erwidert wird, daß das keineswegs der Fall sei, sagt Hr. v. K. dem Ober-Präsidenten große Injurien, worauf dieser ihm die Thüre weiset. Nach diesem Vorfall hat der Ober-Präsident Hrn. v. K. auf seine mündlich angebrachte Beschwerde sogleich einen amtlichen Bescheid schriftlich ertheilt, der nur dasjenige hat bestätigen können, was dem Herrn v. K. bereits auf der Regierungs-Hauptkasse gesagt worden war. Inzwischen ging aber auch ein Schreiben des Hrn. v. K. beim Hrn. Ober-Präsidenten ein, welches eine Herausforderung zum Duell enthielt. Der Ober-Präsident hat, von Allem abstrahrend, zunächst nur den Umstand berücksichtigt, daß er gefordert worden, und demnach jemand beauftragt, mit seinem Gegner die desfalls nötigen Verhandlungen zu betreiben; diese Verhandlungen führten jedoch schließlich nur darin, daß Hr. v. K. dem Hrn. Ober-Präsidenten einen Brief schrieb, der, neben neuen Injurien, die Erklärung enthielt: „daß er nun weiter keine Genugthuung verlangt.“ Nach Empfang dieses Schreibens hat der Hr. Ober-Präsident den Hrn. v. K. beim königl. Ober-Landesgericht wegen Injurien verklagt, und ist dieser Letztere außerdem wegen der Herausforderung zum Duell ex officio zur Criminal-Untersuchung gezogen worden. Daß dieses Ereigniß in Königsberg und in der ganzen Provinz großes Aufsehen mache, ist natürlich, wenn aber manche Leute eine Parteisache darin finden wollen, so trete ich ihnen nicht bei, theile vielmehr die Ansicht derjenigen, welche die aufgeregte und gereizte Stimmung des Hrn. v. K. einem körperlichen Unwohlsein zuschreiben, das ihn noch kürzlich veranlaßt hatte, den Rath eines Berliner Arztes einzuholen.

Deutschland.

Hannover, vom 4. Februar. (H. C.) Dim Vernehmen nach, sind in der vergangenen Nacht Courier von hier nach Berlin und Frankfurt abgegangen, welche beauftragt sein sollen, geeigneten Ortes Beschwerden anzubringen über die Belästigungen, welche sich die Braunschweigischen Grenzollbeamten bei Ammensen seither erlaubt haben. Bereits vor mehreren Tagen soll von hier der Befehl ergangen sein, diese Braunschweigischen Beamten, welche ihre Wohnung in einem Wirthshause auf hannoverschem Territorium hatten, vom diesseitigen Gebiete zu entfernen.

Kassel, vom 20. Januar. (Magd. Z.) Jordan war in jüngster Zeit unwohl. Den Grund davon kann man leicht in dem finden, was ihm bei der schweren Krankheit seiner Frau begegnete. Das Obergericht hatte ihm durch Hrn. Eggens eröffnen lassen, daß er Bewachung bis zur Wiederherstellung seiner Frau sein Haus beziehen könne; allein die Gendarmerie kündigte dem Gefangenen weit schärfere Maßregeln an, namentlich sollte ein Posten vor dem Krankenzimmer und Nachts in seinem Schlafzimmer Wache halten, so daß er sofort auf Abänderung der Vorschrift drang. Statt

dieser mußte er an jenem Tage blutenden Herzschlag die Erinnerungen ihm bisher angewiesen. So darauf verzichten, die schüßlig ihn erwartende kranke Gattin zu sehen, und erst am zweiten Tage wurde ihm — jedoch mit der weitern Schärzung, daß er alle zehn Minuten der Wache ein Zeichen seines Daseins geben mußte — ein Zusammensein mit seiner kranken Frau und einer inzwischen erkrankten Tochter gestattet, und zwar nur auf die kürzeste Zeit. Denn nach 6 Tagen, als eben der Arzt Frau Jordan außer Gefahr erklärt, aber die größte Schonung derselben anempfohlen hatte, wurde ihr Gatte wieder in sein Gefängnis zurückgebracht. Er mußte, selbst schon vom Fieber ergriffen, während seine Frau die Hände rang, fort von ihr und hatte keinen andern Trost, als daß sein wackerer Sohn Ferdinand zur Beruhigung der Mutter zurückblieb. — Die der Gerichtsanordnung widersprechende Bewachung bestimmte der Gendarmerie-Commandant, Herr Schröder.

München, vom 1. Febr. (Schw. M.) Die sämtlichen Landräthe des Königreichs haben nunmehr ihre Sitzungen beendet, und man darf dem Erscheinen ihrer gedruckten Protokolle entgegensehen.

Karlsruhe, vom 3. Febr. (Mann. J.) Dem Vernehmen nach hat die Kommission der zweiten Kammer, welcher die Vorbereitung des Vertrags, über die Erbauung der Main-Neckar-Eisenbahn übertragen wurde, in ihrer Mehrheit ausgesprochen: daß dieser Vertrag den Interessen des Landes nicht entspreche. Man erwartet in Wälde die Berichte dieser Commission. Es soll nämlich auch die Minorität ihre auf Gutheizung des Vertrags gehende Überzeugung in einem besonderen Berichte begründen. Für die Mehrheit, heißt es, werde der Abgeordnete Sander, für die Minorität der Abgeordnete Schaaff berichten.

Von der Fulda, vom 2. Febr. (F. J.) Hofrat Murhard zu Kassel ist zwar schon nach einigen Tagen der persönlichen Haft im Criminalgefängniß enthoben, gegen Bestellung einer Caution von 10,000 Rthlr., wie es heißt, in Freiheit gesetzt worden; allein die Bewachung seiner gewöhnlichen Wohnzimmer durch Polizeibeamte hat erst in dieser Woche nach statthabter sorgfältiger Durchsuchung seiner Literalien ein Ende gehabt. Da seine Verhaftung am hellen Tage vor sich ging, und er unter Polizei-Bedeckung nach dem Criminalgefängniß abgeführt wurde, der Weg bei der Geleitung des Verhafteten aber durch die volkreichsten Straßen der Stadt führte, so konnte es nicht fehlen daß das Ereigniß große Sensation und Verwunderung, aber zugleich auch die lebhafte Theilnahme erregte. Murhard nämlich, der zu den vermögendsten, man kann sagen reichsten Einwohnern der Stadt gezählt wird und sich eben darum des unter deutschen Gelehrten seltenen Glücks völliger Unabhängigkeit erfreut, geziest einen hohen Grad von Popularität bei der Bürgerschaft, und steht, wegen seiner mannigfaltigen Kenntnisse, seines Charakters und seiner patriotischen Gesinnung auch bei den Gebildeten in hoher Achtung. Un Muthmaßungen über die Motive jener Maßregel fehlte es daher nicht; doch erfährt man jetzt, daß die gegen ihn erhobene Anklage mit Politik nichts zu schaffen hat und auf ein einfaches Presvergehen hinausläuft, dessen Murhard in dem von ihm bearbeiteten Artikel „Staatsgerichtshof“ im Notteck- und Welterschen Staatslexikon beschuldigt wird, worin sich eine Stelle befindet, welche die kurhessische Regierung auf sich beziehen zu können geglaubt hat. Was aber das gegen ihn beobachtete Verfahren anbetrifft, das allerdings um so auffallender war, als es gegen einen so begüterten, im Lande mit Grundbesitz ansässigen Mann, wie Murhard, keineswegs durch die Nothwendigkeit geboten zu sein scheint; so schreibt man solches lediglich auf Rechnung des Untersuchungsrichters, der sich seines Auftrags mit wenig Zartgefühl entledigte.

Österreich.

Wien, vom 26. Januar. (Wes. Z.) Aus bester Quelle kann gemeldet werden, daß Unterhandlungen über einen gänzlichen oder theilweisen Anschluß Österreichs an den deutschen Zollverein, oder Beauftragung eines Handelsvertrages, bis jetzt gar nicht begonnen haben. Österreich hat der Entstehung des Zollvereins gleichgültig zugeschaut, entweder weil es selbst nicht fühlte, daß die dadurch erreichte Kräftigung der deutschen Industrie und die dadurch bewirkte Freiheit des deutschen Binnenverkehrs ein Bedürfniß war; oder weil es nicht glaubte, daß dieses deutsche Kind seine Wiege verlassen und zum Manne heranwachsen würde. Ganz unerwartet scheint Österreich der Beitritt der süddeutschen Staaten geneesen zu sein, denn sein Benehmen änderte sich dann gänzlich. Die österreichische Regierung beobachtete nunmehr nicht nur sehr genau jeden Schritt des Zollvereins, sondern manche Anzeichen deuten sogar darauf hin, daß dessen fortdauerndes Emporblühen ihr sehr unbehaglich war. Dieses Gefühl dürfte auch durchaus naturgemäß sein, denn Österreich wurde dadurch, daß der Zollverein jetzt den bei weitem größten Theil Deutschlands umfaßt, daß er ein enges Band zwischen seinen Gliedern geknüpft hat, daß Preußen an der Spitze dieses Vereins steht — faktisch aus der Stellung verdrängt, welche die Bundesakte und ge-

gar der früher bedeutende Einfluß Österreichs auf das katholische Süd-Deutschland wurde durch den Zollverein geschwächt; sehr begreiflich scheint daher, daß die österreichische Regierung diese Verluste zu ersparen oder mindestens deren Wachsen zu verhindern sucht. Daraus erklärt man die Gedanken von der sorgsamen Pflege der Beziehungen zu den noch nicht im Zollverein befindlichen norddeutschen Staaten; ja man ging so weit zu glauben, daß die österreichische Regierung von manchen Gegenminen, welche man norddeutschen Einflusse zuschreibt, genaue Kenntnis habe.

Nußisch eß Meich.

St. Petersburg, vom 23. Jan. (A. J.) Vor einigen Tagen traf ein Courier von der Kaukasusarmee hier ein mit der Nachricht von einem bedeutenden Sieg, den neuestlich General Freitag in Daghestan über die Bergvölker davon getragen. Nicht weniger als 6000 (?) Escherkessen sollen in der Schlacht theils niedergemacht, theils gefangen worden sein. Kurz vor dieser Niederlage hatte der Feind in überlegener Zahl, an 10,000 (?) Mann stark, aus seinen unzugänglichen Höhen plötzlich hervorbrechend, eines unserer Forts am Gestade des kaspischen Meeres überfallen, dessen schwache Besatzung zur Flucht gebracht und sich des gesamten ihr gerade zugeführten Proviantes bemächtigt. — Die letzte Nummer unseres Gesetzblätters ist fast durchgängig mit Strafurtheilen gefüllt, die nach zuvor verhängter kriegsgerichtlicher Untersuchung gegen Beamte gefällt worden, welche in verschiedenen Verwaltungszweigen sich Veruntreuungen und andere Ungeschicklichkeiten haben zu Schulden kommen lassen.

St. Petersburg, vom 1. Februar. — Gestern fand auch die Vermählung der Großfürstin Elisabeth Michailowna, Tochter des Großfürsten Michael, mit dem regierenden Herzog von Nassau statt.

Franreich.

Pairskammer. Sitzung vom 2ten Februar. — Graf Beugnot hält eine Lobrede auf den Baron Gérando, dann bringt Hr. Villemain das Gesetz über die Freiheit des öffentlichen Unterrichts ein. Bei Abgang der Post verliest der Minister die Beweggründe des Gesetzentwurfs. Eine der Hauptbedingungen, welche die Regierung von der Unterrichtsfreiheit wenigstens will, ist, daß ihr zustehende Recht sich über die Lehrweise genau unterrichten und auf Begehren zu allen Seiten dem Unterricht bewohnen zu dürfen.

Paris, vom 2. Febr. (Spen. Z.) Der Graf Salvandy hat seine Entlassung zurückgenommen: er wurde gestern Morgen in die Tuilerien berufen, und nach einer langen Conferenz mit dem Könige ward ausgemacht, daß der Graf seinen Titel als Botschafter beibehalten, jedoch nicht auf seinen Posten nach Turin zurückkehre; ein Portefeuille im nächsten Ministerium soll ihm in Aussicht gestellt worden sein. Bei allem Dem geht doch die ziemlich allgemeine Meinung in den politischen Kreisen dahin, daß die Kammer am Schluss dieser so viel als möglich abzukürzenden Sitzung aufgelöst werden müssen, und daß das Guizot'sche Ministerium sich vor den neuen Wahlen zurückziehen wird. Von den äußern Ereignissen wird es dann abhangen, ob in der Erbsfolge Molé oder Thiers den Vorrang haben, jedenfalls aber werden Bilaullt, Dufaure, Passy und Salvandy in diesem Ministerium figurieren.

Der Präsident der Deputirtenkammer hat gestern ein diplomatisches Diner gegeben, dem die ersten Diplomaten und viele Deputirte beiwohnten; Graf Salvandy saß gerade Hrn. Guizot gegenüber.

(Köln. Z.) Unter den hiesigen Polen hatte sich vor einiger Zeit eine Art Sekte gebildet, an deren Spitze die mystisch-politischen Tendenzen des Herrn Towiansky gestellt wurden. Der großen Mehrheit der Polen war diese neue Zersplitterung ein wehmüthiges Schauspiel, jedoch reichte sich der geniale Dichter Mickiewicz mit schwärmerischer Liebe den Prophezeiungen des Herrn Towiansky an. Offenklich und in Schriften sind diese Ansichten noch nicht klar niedergelegt worden. Religiös und mit einer Mischung von slavischer Belebung nebst socialistischen Lauten, scheint diese Lehre allerdings Towiansky, so wie Mickiewicz, haben sich vor einiger Zeit nach Rom begeben, um ihre Doctrinen dem römischen Stuhle vorzulegen und Anknüpfungspunkte zu suchen; die ihnen gewordene Aufnahme ist höchst ungünstig für die neuen Lehren gewesen. Towiansky, der Vermögen besitzt und kein politischer Flüchtlings ist, mußte bereits vor längerer Zeit auf Befehl der französischen Regierung Frankreich und Paris verlassen. Die Partei des Prinzen Szartoryski, in der patriotischen Emigration, ist die in diplomatischen und Familienbeziehungen einflussreichste, jedoch gehörten ihr, außer einer oder zwei Persönlichkeiten, wenig hervorstechende Talente an. Eine Dynastie Szartoryski's in der Emigration proklamirt, ist jedenfalls ein politisches Uding, indem die große Mehrheit der Polen von solcher Präsidentenschaft nichts wissen will und russische Zuschauer sich allein über die Prägung der Königs-Medaillen freuen, welche mit dem Brustbilde des Fürsten Adam hier vertheilt wurden. Man kennt jetzt hier sehr wohl den Namen des Verfassers der Pentarchie. Das Werk ist von einem russischen Agenten, Herrn Golds

mann geschrieben; derselbe erhielt von dem Gesandten, von Meyendorf die sehr großmuthige Belohnung von 2000 Ducaten in Gold. Goldmann ist deutschen Ursprungs, jedoch aus dem Königreich Posen und bewohnte auch Dresden.

Périgueux, vom 30. Januar. — Die Generale Ametller und Bassero, zwei Obristen und 21 andere Offiziere sind von Paup hier eingetroffen. Die Regierung hat bestimmt, daß sie vorläufig hier bleiben sollen.

Spanien.

Paris, vom 29. Jan. (A. 3.) Nachrichten aus Madrid zufolge hat die Königin Isabella die Bewerbung des Grafen von Trapani um ihre Hand gnädig aufzunehmen und ihre Zustimmung darüber zu äußern geruht. Es braucht wohl nicht hinzugefügt werden, daß die Wirksamkeit dieser Erklärung ganz von der Fortdauer der Narvaez'schen Camarilla und unseres überwiegenden Einflusses in Spanien abhängt. Ob es übrigens in unserem Interesse liege, die Königin von Spanien auf diese Art der natürlichen Stütze, die ihr ein höher begabter Gemahl gewähren würde, zu berauben, und das Schicksal des Königthums in die Hände zweier Kinder zu legen, die unter solchen Verhältnissen den spanischen Thron bestreiten sollen, wird wohl eine nicht sehr entfernte Zukunft entscheiden.

Narvaez, gegen seinen Willen Marschall von Spanien, soll nun, wahrscheinlich ebenfalls gegen seinen Willen, zum Herzog von Valencia ernannt werden, und Marien Christinen bei ihrer auf den 14. Februar festgesetzten Landung daselbst an der Spitze von 12,000 Mann empfangen.

Aus Saragossa sind die Hauptredelsführer, die Chefs der Nationalmiliz, und gegen 200 Milizen mit ihren Waffen entflohen, wie man sagt, um die Einwohner der Provinz zu Gunsten des bezweckten Aufstandes zu bearbeiten.

Portugal.

Lissabon, vom 22. Januar. (A. Pr. 3.) Die Adresse-Debatte, die bis zu ihrem Ende höchst stürmisch war, endete mit Annahme des bereits mitgetheilten Entwurfs mit der bedeutenden Majorität von 80 Stimmen gegen 22. Das Ministerium ist sonach aus allen Rekriminationen, die gegen dasselbe von Seiten der Opposition mit einer aus Unglaublich grenzenden Heftigkeit gerichtet wurden, aus allen den leidenschaftlichen Angriffen, womit man es bestürmte und zu stürzen gedachte, siegreich hervorgegangen. Bei den Verhandlungen hat sich in einer der letzten Sitzungen zwischen dem Minister des Innern und seinem Bruder, Jose Cabral auf der einen und den Oppositiions-Deputirten Gavino und Azevedo auf der anderen Seite ein unangenehmer Vorfall zugetragen, wobei es zuerst zu Persönlichkeiten und dann sogar zu Thätilichkeiten gekommen ist. Die Adressen für und gegen das Ministerium dauern noch immer fort.

Großbritannien.

London, vom 2. Februar. — Die Eröffnung des Parlaments, welche diesmal mit ungewöhnlicher Spannung erwartet wurde, fand gestern unter den gewöhnlichen Ceremonien statt. Die Königin kam um 2 Uhr in Begleitung des Prinzen Albert und der obersten Staatsbeamten in dem Hause der Lords an. Sie las folgende Rede ab:

„My Lords und Gentlemen! Es gereicht mir zu großer Freude, Sie wieder im Parlamente vereinigt zu sehen und die Gelegenheit zu haben, Ihren Beistand und Rat zu nutzen. — Ich hege die zuversichtliche Hoffnung, daß der für das Glück und die Wohlfahrt aller Nationen so nothwendige allgemeine Friede ungestört fortduern wird. — Meine freundschaftlichen Beziehungen zu dem Könige der Franzosen und das wohlbegündete (happily established) gute Einverständniß zwischen meiner Regierung und der Regierung Sr. Majestät, so wie die fortduernden Versicherungen fröderlicher und freundschafflicher Gesinnungen von Seiten aller Fürsten und Staaten, befestigen mich in dieser Erwartung. — Ich habe besohlen, daß der Traktat, den ich mit dem Kaiser von China abgeschlossen habe, Ihnen vorgelegt werde und freue mich glauben zu dürfen, daß sich derselbe in seinen Wirkungen als sehr vortheilhaft für den Verkehr dieses Landes bewähren werde. — Während des ganzen Verlaufes meiner Verhandlungen mit der chinesischen Regierung habe ich stets den Wunsch nach irgend welchen ausschließlichen Vorrechten von mir fern gehalten. — Ich habe den Wunsch gehabt, daß der Industrie und den Handelsunternehmungen aller Nationen gleiche Begünstigung erwiesen werde. — Die Feindseligkeiten, welche während des verflossenen Jahres in Scinde stattfanden, führten zur Einnahme eines beträchtlichen Theiles jenes Landes in die britischen Besitzungen im Osten. — In allen militairischen Operationen, insbesondere in den Schlachten von Manih und Hyderabad, hat sich die Ausdauer und Bravour der Truppen, der eingeborenen wie der europäischen, und das Talent und die Tapferkeit ihres ausgezeichneten Befehlshabers als hervorragend gezeigt. — Ich habe besohlen, daß Ihnen weitere Nachweise zur Erläuterung der Ereignisse in Scinde sofort mitgetheilt werden.“

„Gentlemen vom Hause der Gemeinen! Die Vor-

anschläge für das laufende Jahr werden Ihnen unverzüglich vorgelegt werden. — Sie sind mit strenger Rücksicht auf Sparsamkeit entworfen worden und zugleich mit gebührender Beachtung der Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes, welche sich auf die Erhaltung unserer Stärke zur See und auf die vielfachen Ansprüche beziehen, die aus den verschiedenen Theilen des weit ausgedehnten Reiches an unsere Flotte und unser Landheer gemacht werden.“

„My Lords und Gentlemen! Mit Freude weise ich Sie hin auf den verbesserten Zustand mehrerer wichtiger Zweige des Handels und der Fabriken des Landes. — Ich hoffe zuversichtsvoll, daß der vorrahte Begehr von Arbeitskräften in entsprechendem Maße viele Klassen meiner getreuen Untertanen von den Leidern und Entbehrungen befreit hat, welche ich in früheren Zeiten zu beklagen veranlaßt fand. — Mehre auf einander folgende Jahre hiadurch ist der Ertrag der Einnahme unter dem der Staatsausgabe geblieben. Ich hege die zuversichtliche Erwartung, daß im laufenden Jahre das Staateinkommen völlig hinreichen wird, um die darauf angewiesenen Lasten zu tragen. — Ich halte mich versichert, daß Sie bei Erwägung aller mit den finanziellen Angelegenheiten des Landes in Verbindung stehenden Gegenstände die nachtheiligen Folgen der Schuldenhäufung in Friedenszeiten nicht außer Acht lassen, und daß Sie sich fest entschlossen zeigen werden, den Credit des Staates aufrecht zu erhalten, dessen Erhaltung eben so sehr die dauernden Interessen, wie die Ehre und den Ruf eines großen Landes berührt. — Im Laufe des gegenwärtigen Jahres wird sich die Gelegenheit ergeben, der Bank von England eine Anzeige in Betreff der Revision ihrer Statuten zukommen zu lassen. — Es dürfte ratsam sein, daß während der bevorstehenden Parlamentssession und vor Eintritt des Zeitraumes, der zur Mithilfung einer solchen Anzeige bestimmt ist, die Beschaffenheit der Gesetze über die Privilegien der Bank von England und anderer Bank-Institute Ihrer Erwägung unterstellt werde. — Am Schlusse der letzten Parlaments-Session habe ich Ihnen meinen festen Entschluß erklärt, die legislative Union zwischen Großbritannien und Irland aufrecht zu erhalten. Ich äußerte zu gleicher Zeit meinen ernstlichen Wunsch, in Gemeinschaft mit dem Parlamente auf die Errichtung aller derjenigen Maßnahmen hinzuwirken, welche geeignet sind, den socialen Zustand von Irland zu heben, und die natürlichen Kräfte jenes Theiles des Vereinigten Königreiches zu entwickeln. — Ich bin entschlossen in strenger Uedereinstimmung mit dieser Erklärung zu handeln. — Ich enthalte mich der Bemerkungen über Ereignisse in Irland, in Betreff deren jetzt Proceduren vor dem competenten Gerichtshofe obzuwenden. — Meine Aufmerksamkeit hat sich auf die Beschaffenheit der Gesetze und Gewohnheiten in Betreff des Grundbesitzthums in Irland gerichtet. — Ich habe es ratsam gefunden, ausgedehnte Nachforschungen an Ort und Stelle über diesen so wichtigen Gegenstand anzustellen, und habe eine Commission mit umfassender Vollmacht zur Führung der erforderlichen Untersuchung errannt. — Ich empfehle Ihrer bald gen Erwägung die jetzt in Irland in Kraft stehenden Gesetze im Betreff der Einregistrierung der zur Wahl von Parlamentsmitgliedern Stimmberechtigten. — Sie werden vermutlich finden, daß eine Revision des Registrationsgesetzes im Verein mit andern jetzt in Wirklichkeit befindlichen Ursachen eine wesentliche Verminderung der Zahl der bei den Grafschaftswahlen Stimmberechtigten herbeiführen würde, und daß es deshalb wohl ratsam ist, die Beschaffenheit der Gesetze in Erwägung zu ziehen Behaß einer Erweiterung der Stimmberechtigung in den Grafschaftswahlen in Irland. — Ich übergebe Ihrer besonnenen Erwägung die verschiedenen wichtigen Fragen der Staatspolitik, welche nothwendigerweise Ihrer Beurtheilung unterstellt werden müssen, in vollem Vertrauen zu Ihrer Loyalität und Weisheit und im ersten Gebete an den allmächtigen Gott, daß er Ihr Bestreben, die Wohlfahrt aller Klassen meines Volkes zu fördern, leiten und segnen möge.“

Die Feierlichkeiten, welche der Eröffnung des Parlaments vorangingen, boten nichts besonders bemerkenswerthes dar. Die Königin wurde wie gewöhnlich bei ihrer Auffahrt nach dem Parlamente von dem zahlreich versammelten Volke mit vielen Jubel begrüßt. Ebenso ging im Oberhause die Debatte über die Antwortadresse in der gestrigen ersten Sitzung des Hauses ohne besonders bemerkenswerthe Momente vorüber. Lord Eldon beantragte die Adresse, Lord Hill unterstützte den Antrag; die Reden beider waren wie gewöhnlich lobreden auf den gegenwärtigen Zustand der Dinge, und die Politik der Minister, der man diesen Zustand verdankt. Ein Amendment wurde nicht gestellt, indes sprachen sowohl der Marquis v. Normanby als der Marquis v. Clanricarde ziemlich ausführlich ihre Ansichten über Irland aus, welche im Wesentlichen dahin gehen, daß mit dergleichen Polizei-Mitteln, wie sie die Thronrede vertheilt, nicht gehoffen werden könne, daß Gerechtigkeit gegen Irland im vollen Sinne des Wortes das alleinige Mittel der Hilfe und Rettung sei. Lord Brougham nahm die

auswärtigen Angelegenheiten zum Thema einer langen Rede, in welcher ein Panegyrikus auf seinen Freund Guizot mit Bezug auf die neuesten Vorfälle in der französischen Deputirtenkammer die Hauptrolle spielte. Die Adresse wurde einstimmig angenommen. — Interessanter und bewegter waren die Verhandlungen in der gestrigen ersten Sitzung des Unterhauses, wo noch ehe die Adresse-debatte begann, mehrere Motiven von Belang zur Anzeige gebracht wurden; unter andern von Lord Ashley zum 8ten und von Hen. Roebuck zum 13ten d. M. Anträge in Betreff des gegen die Emirs von Scinde beobachteten Verfahrens, von Lord John Russel zum 13ten d. M. ein Antrag in Betreff des gegenwärtigen Zustandes von Irland, von Herrn French zum 15ten über die Armengesetze in Irland, von Dr. Bowring zum 15ten über den mit der Türkei abgeschlossenen Handelsvertrag ic. Die Adresse, von Lord Clive beantragt, wurde von ihm und Herrn Gardwell, der den Antrag unterstützte, in derselben Weise, wie dies im Oberhause geschah, votirt. Darauf erhob sich Herr Hume, um sich mit einem großen Theile der von der Thronrede berührten Maßnahmen der ministeriellen Politik nicht einverstanden zu erklären, insbesondere was das finanzielle und commercielle System der Regierung betrifft. Er schloß mit einem Amendement zur Adresse, in welchem auf die übermäßige Steuerlast als eine Hauptursache des jetzt in vielen Klassen vorherrschenden Elends hingewiesen, eine Verminderung der Steuern für nothwendig erklärt und zugleich auf weitere Ermäßigung des Zolls, insbesondere aber auf Abschaffung der Getreidezölle gedrungen wird. Nach Herrn Hume beantragte darauf Herr Sharmen Crawford ein zweites Amendement, welches sich dahin aussprechen sollte, daß das Unterhaus die Steuern nicht eher bewilligen werde, als bis die Beschwerden des Volks untersucht und ihnen abgeholfen worden. Über diese beiden Amendments entspann sich eine lange Debatte, an welcher eine nicht unbedeutende Zahl von Mitgliedern des Hauses Anteil nahm, unter ihnen Lord John Russel und Sir R. Peel, von denen Erster, obgleich viele der von der Regierung getroffenen Maßregeln tadelnd, sich doch zugleich mit der ganzen Entschiedenheit der Rede gegen jeden Versuch erklärte, durch eine Verweigerung von Steuern, welche nicht die Bedürfnisse der Krone, sondern das Wohl und die Ehre des Landes erfordern, die Abhilfe der bestehenden Beschwerden zu erzwingen. Aus der Rede Sir R. Peels, die sich über eine große Menge von Gegenständen, sowohl der auswärtigen als der inneren Politik verbreitete, ist hervorzuheben, daß derselbe sich von Neuem zu Gunsten des bestehenden wechselnden Getreidezolles und dahin erklärte, daß er keine Abänderung der jetzt bestehenden Getreidezölle beabsichtige. Die beiden Amendments wurden endlich verworfen, das des Herrn Sharmen Crawford mit 285 gegen 29, das des Herrn Hume mit 235 gegen 49 Stimmen. Die Adresse wurde darauf angenommen und das Haus vertagte sich auf heute. — Die Adresse der Peers ist bereits heute der Königin überreicht worden.

Bon Seiten der Presse hat die Thronrede das gewöhnliche Maß des Lobes und Tadels gefunden. Bedeutungsvoller ist jedenfalls das Urteil der Börse, aus welcher die Fonds, nach Angabe des Börsenartikels des Globus gestern aus dem Grunde etwas ins Sinken gerathen sind, weil man den auf die Finanzen bezüglichen Theil der Thronrede dahin deuten mußte, daß es die Absicht der Regierung ist, die Einkommensteuer nicht aufzugeben und die Einsfuhrzölle nicht weiter zu ermäßigen. Auch der auf die Bank bezügliche Paragraph brachte einiges Schwanken in die Fonds, wie wohl man zunächst nichts daraus erschien kann, als daß eine Modification des Bank-Privilegiums beabsichtigt wird! Die Ursache ist wohl die Ungewissheit, in welcher man sich in Betreff des Conservations-Projects befindet, über welches, wie es heißt, die Regierung mit den Bank-Directoren zu gleicher Zeit unterhandelt.

Der Spectator gibt folgende Berichtigung der unaufenden Ansicht in Betreff des bevorstehenden Erlöschen des Privilegiums der Bank von England: das Privilegium erlischt in diesem Jahre nicht ohne Weiteres, sondern es tritt nur mit dem 1. August d. J. eine bis zum 1. Februar 1845 laufende Frist ein, innerhalb welcher das Privilegium gekündigt werden muß, falls dasselbe erloschen soll; es erlischt dann ein Jahr nach dem Tage der Kündigung. Wied das dauernd das Privilegium bis zum Jahre 1855 fort.

Die Verhandlungen in dem O'Connell'schen Processe sind am 30sten und 31sten v. M. durch die von Hen. Fitzgibbon für den Angeklagten Dr. Gray gehaltene Vertheidigungsrede weiter fortgeführt worden, welche beide Sitzungen hinwegnahm. Die Rede beschäftigte sich gleich denen der Herren Moore und Hatchell mehr mit den Specialitäten des einzelnen Fälls, welcher ihr Thema bildete, und gewährt daher ebenfalls weniger allgemeines Interesse als die des Herrn Sheil.

Erste Beilage zu N° 35 der privilegirten Schlesischen Zeitung.

Sonnabend, den 10 Februar 1844.

Der Lord-Mayor von Dublin und eine Anzahl Mitglieder des dortigen Magistrats sind hier angekommen, um die Adresse an die Königin, worin um Amnestie für die Angeklagten O'Connell u. c. gebeten wird, zu überreichen. Die Königin wird die Adresse auf dem Throne empfangen.

Der Sohn des verstorbenen General Sir Hudson Lowe hat in den Times bekannt gemacht, daß sein Vater keine Schrift über seine Dienstleistung auf St. Helena hinterlassen habe, daß aber Abschriften von allen dahin eingeschlagenden Briefschaften und Aktenstücken sich unter seinem Nachlass befinden. Die Anzeige bezweckt wohl eine Warnung vor etwaigen unrichtigen Publicationen über diese Angelegenheit.

Niederlande.

Aus Holland, vom 30. Januar. (M. R.) Es ist allerdings wahr, daß die Abtheilungen der zweiten Kammer der Generalstaaten sich von vornherein gegen den Gesetzentwurf bezüglich der Erhebung einer allgemeinen Steuer aufs Besitzthum aussprachen; allein sie gedenken dennoch der Notwendigkeit nach, und wollen die Regierung in diesem Gefege unterstützen, wenn zuvor die dreiprozentige freiwillige Anteile versucht werden. Der Bericht der Centralabtheilung spricht sich auch in diesem Sinne aus.

Schweden.

Luzern. Dschon die gemischten Eden in diesem Kanton weder durch Verfassung noch durch Gesetze verboten sind, hat doch die hiesige Regierung jüngst die Genehmigung einer solchen, die von einem Luzerner in der Waadt beabsichtigt wurde, im Einverständniß mit der Heimathgemeinde derselben trog ausdrücklicher päpstlicher Dispens verweigert und bestreitet nun die blügerichtliche Stellung eines inzwischen geborenen und vom Luzerner Bürger förmlich als das seelige anerkannten Kindes mit der Zumuthung, es müsse die Frage vor den Luzerner Gerichten entschieden werden, obwohl das Kind in der Waadt geboren ist. Die Waadtländer Blätter, die dies berichten, verwundern sich, daß die Luzerner Regierung katholischer sei, als der heil. Vater,

Zürich, vom 1. Febr. — Am 25. Jan. machte der Kommunist Schneider Weitling den Versuch, während des Morgenottesdienstes aus der Strafanstalt zu entweichen; er wurde jedoch unter dem Fenster, durch das er ausfliegen wollte, wieder erwischt und zurückgebracht.

Schweden.

Stockholm, vom 30. Januar. — Dass nun die Krankheit einen beruhigenden Gang angenommen, bezeugen folgende neuere Buletins: „Den 27sten 1 Uhr Nachmittags. Se. Maj. haben seit dem letzten Bülletin mehrere Stunden geschlummert, und wann Sie wach gewesen, sich besinnlicher als während der Nacht gezeigt. Das Fieber dauert fort. 7½ Uhr Nachmittags. Se. Maj. haben seit 1 Uhr heute mehr ununterbrochene Ruhe und Besinnlichkeit, auch gelinderes Fieber gehatt, als während des vorigen Teils der letzten 24 Stunden. — Den 29., 7 Uhr Vormittags. Sr. Maj. ruhigerer Zustand hielt bis gleich nach 10 Uhr gestern Abend an, wo vermehrtes Fieber mit Phantasien sich einstellte und mit wechselseitiger Festigkeit bis 5 Uhr diesen Morgen währete, da Se. Maj. in stillen Schlummer fielen, der noch dauerte. — 1 Uhr Nachmittags. Se. Maj. haben seit dem Morgen-Bülletin guten Schlaf mit Minderung des Fiebers gehabt. — 5 Uhr Nachmittags. Se. Maj. sind gegenwärtig bei Besinnung, weniger matt, und fast frei vom Fieber. — Den 30., 7 Uhr Vormittags. Se. Maj. bekamen gestern später gegen Abend wieder stärkeres Fieber mit Phantasien begleitet, jedoch beides gelinder, als während der beiden vorhergehenden Nächte. Nach Mitternacht hatten Sie, mit wenigen Unterbrechungen, ruhigen Schlaf, so wie auch noch jetzt. — 5 Uhr Nachmittags. Se. Maj. waren beim Erwachen um 10 Uhr Vormittags fieberfrei und verzehrten mit Appetit einige Löffel voll Bouillon, klagten aber diesen Nachmittag über Mattigkeit und starken Schmerz im rechten Fuß.“

Merkwürdig ist es, daß der König am ersten Tage seiner Krankheit, den 26., so viele Körperfäste hatte, sich bei einer Gelegenheit selbst aus dem Bett zu helfen, und als man ihm Beistand leisten wollte, die Anwesenden forschickte. Auch griff er bei dem Aderdurchaus (Prof. Huf, der besonders den Aderloß für sollte, mit solcher Gewalt in den Arm, daß die Hand nur schwer losgemacht werden konnte).

Das Aktionblad läßt auf Anlaß der Krankheit des Königs Abends spät Extrablätter erscheinen, die zu einzigen tausend Abdrücken abgehen, und ein Gedränge auf der Straße in dem Gr. de veranlassen, daß Milizie von der Schlosswache erforderlich gewesen, um die Ordnung zu erhalten.

Man verbreitete hier am Sonntage Gerüchte vom

Tode des Kaisers von Russland, mit Umständen, welche allein schon die Unglaublichkeit kund geben müsten.

Es verlautet, daß diesen Abend eine Verordnung über die Regierungsverwaltung während der Krankheit des Königs erscheinen werde.

(Kopenhagen „Berlingsche Zeitung“.) In einem zuverlässigen Privatschreiben aus Stockholm vom 30. Jan., 3 Uhr Nachmittags, heißt es: Seit gestern ist eine so vortheilhafte Aenderung in dem Zustande des Königs eingetreten, daß niemand mehr im geringsten zweifelt, daß alle Gefahr überstanden sei. Obwohl das Fieber ihn noch nicht gänzlich verlassen, ist doch der Kopf gänzlich frei und Se. Maj. fühlen keine sonderlichen Schmerzen. Der König ist heute selbst von seiner Genesung überzeugt, worauf er hingegen so wenig Hoffnung hat, daß er von seiner erhabenen Familie Abschied nahm.“

Griechenland.

Athen, vom 18. Januar. — Der Verfassungsentwurf, wovon bis jetzt nur die §§. 1—44. bekannt waren, lautet in seiner Fortsetzung: §§. 48—58. Niemand kann gleichzeitig Volksabgeordneter und Senator sein; alljährlich am 15. Januar versammeln sich nach zustehendem Rechte die Kammer der Abgeordneten und der Senat; ihre Sitzungen sind öffentlich; Ausnahmen finden nur bei gesetzlich vorgeschriebenen Fällen statt. Jeder Körper hat sein besonderes Sitzungssymbol; nur am Tage der Kammereröffnung versammeln sich beide Körper gemeinschaftlich im Sitzungsgebäude der Abgeordneten. Abgeordnete und Senatoren haben in öffentlicher Sitzung folgenden Eid zu leisten: „Ich schwöre im Namen der alleinigen und unteilbaren Dreieinigkeit dem Könige von Griechenland mich treu, der Verfassung und den Reichsgesetzen mich gehorsam zu erweisen und meine Pflichten nach Recht und Gewissen zu erfüllen.“ §§. 59—68. Die Kammer besteht aus den Abgeordneten, welche auf Grund des Wahlgesetzes von den Bürgern nach der Volkszählung und auf drei Jahre erwählt werden; unter 80 dürfen es niemals sein. Für die Inseln Hydra und Spizia gelten hinsichtlich der Zahl der Volksvertreter die Bestimmungen des Gesetzes No. 17. vom 9. November 1822; für die Isparioten ebenfalls, wenn sie vor dem Ende der ersten Kammerperiode im Reiche sich niedergelassen werden. Um als Abgeordneter erwählt werden zu können, sind folgende Eigenschaften erforderlich. Man muß Griechen von Geburt sein, alle bürgerlichen Gerechtsame geniesen, das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben und ferner noch 1) entweder selbst Eingedorener des freien Griechenlands oder von Einwohnern erzeugt sein; 2) oder bis zum Ende des J. 1829 dem Waterlande gedient haben, oder von solchen Individuen nach deren Ankunft in Griechenland, erzeugt worden sein; 3) oder, falls man nach 1829 nach Griechenland gekommen sei, wenigstens 12 Jahre im Lande sich aufgehalten haben. Werden von Seiten der Regierung Abgeordnete zu besoldeten Staatsdiensten ernannt und nehmen sie dergleichen an, so hören sie sogleich auf, Abgeordnete zu sein. Die Abgeordneten erhalten während der Sitzungsperiode — auf ihr Beilagen — 250 Drachmen als monatliche Entschädigung; Beamte des Civil- oder Militärdienstes beziehen nur die etwanigen Gehaltsmehrbeiträge. §§. 69—80. Der Senat ist ein unabkömmliger Theil der gesetzgebenden Gewalt. Auf die Dauer der ersten 10 Jahre werden die Senatoren vom Könige ernannt und sind inamovibel; ihre Zahl besteht wenigstens aus 27, kann jedoch nach Bedürfniß bis auf 40 erhöht werden. Um zum Senator ernannt werden zu können, muß man 1) Griechen von Geburt sein, 2) seinen Wohnsitz in Griechenland haben, 3) das Bürgerrecht geniesen, 4) das 40ste Lebensjahr zurückgelegt, und 5) sich in Griechenland ausgezeichnet haben (wobei 13 verschiedene Dienstkranken bezeichnet werden). Der präsumptive Thronfolger und die königlichen Prinzen haben nach zurückgelegtem 18ten Lebensjahre Sitz im Senat, jedoch erst mit zurückgelegtem 20sten Lebensjahre Stimmrecht. Aus der Zahl der Senatoren ernannt der König den Senatspräsidenten, hingegen erwählt der Senat aus seiner Mitte für jede Sitzungsperiode die zwei Vizepräsidenten und den Sekretär. Das Jahresgehalt eines Senators wird auf 6000 Drachmen ausgeworfen. §§. 81—86. Kein Glied der königl. Familie kann zum Minister ernannt werden. Ein mündlicher noch schriftlicher Befehl des Königs kann die Minister ihrer Verantwortlichkeit entbinden, deren Grenzen und Strafbestimmungen in einem besondern Gefege zusammenzustellen sind. Bis zu dessen Erscheinen können die Minister von der Kammer der Abgeordneten in Anklagestand gebracht und vom Senate wegen Hochverrats, Veruntreuung des Staats-Eigenthums, Verleugnung der Staats-Verfassung u. c. verurtheilt werden. Nur auf Antrag des Senats oder der Kammer kann der König einen vom Senate verurtheilten Minister begnadigen. §§. 87—106. Die Richter

werden auf Lebensdauer ernannt und können ohne richterlichen Spruch weder versetzt noch ihres Postens entzogen werden. Hinsichtlich des Ausscheldens lebenslanger Richter wegen Altersschwäche oder langwieriger Krankheiten soll ein besonderes Gesetz erlassen werden. Politische Verbrechen und Preszvergehen werden bei den Geschworengerichten abgeurtheilt. Freunde-Heereabtheilungen können ohne vorheriges Gesetz weiter in den griechischen Staatsdienst eintreten, noch im Reiche sich aufzuhalten, noch kann ihnen der Durchzug gestattet werden. Die Regierungsbezirks-Gerichte werden aufgehoben und die ihnen bisher zustehenden Rechtschändel fallen der Aburtheilung der gewöhnlichen Gerichte zu. Drei Monate nach gesetzlicher Bekanntmachung der jetzigen Verfassung beginnt die erste Kammerperiode, und sogleich mit deren Beginn wird der bisherige Staatsrat aufgelöst. Schlussartikel §. 107. Dem Patriotismus der Hellenen wird die Aufrechterhaltung gegenwärtiger Staatsverfassung übertragen. — In der Sitzung am 9. Januar wurde die Motion des Präsidenten Maurocordatos, dem König den am 7. Jan. vollendeten Verfassungsentwurf zur Kenntnisnahme vorzulegen, um alsdann mit dessen etwanigen Zusätzen und Bemerkungen begleitet, hierüber in der Nationalversammlung zu debattieren, ein Antrag, welchem die hiesige fremde Diplomatie nicht fremd war, und der vom Ministerratspräsidenten Metaxas zwar in höherem Auftrag, aber in nicht richtig aufgesetzter und deshalb nicht durchgreifender Darstellung unterstützt wurde — mit entschieden ausgesprochener Majorität, indem nur gegen 12 Abgeordnete der Meutung des Präsidenten Maurocordatos beipflichteten, nicht angenommen.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, vom 17. Januar. (D. A. 3.) Sir Stratford Canning hat nun von der Pforte ersucht, daß die Absehung des Admirals Walker von der Admiralität für jetzt zurückgenommen werde, und daß sich dann die Pforte wegen seiner Entlassung aus türkischen Diensten an die englisch Gesandtschaft wende, bei welcher zwischen beiden Parteien das Weitere verhandelt werden soll. Auch der General Kochmus ist noch nicht abgesetzt worden. Man glaubt, daß beide, er und Walker, mit Beibehaltung ihres Titels und ihrer Decorationen auf Haßbold gesetzt werden, wo es ihnen dann frei steht, ihren Aufenthalt zu wählen, wo es ihnen beliebt.

Von der türkischen Grenze, vom 23. Januar. (A. 3.) So eben sind Berichte aus Jassy eingegangen, welche den Zustand dieser Stadt als äußerst beunruhigend schildern. Eine dumpfe Fährung, die zumeist unter den Bojaren herrschte und gegen den Hospodar und dessen Verwaltung gerichtet war, drohte in den Augenblick in offene Empörung auszubrechen. Die Bewegung scheint im ganzen Lande vorbereitet; überall versagt man den Gesetzen und den Anordnungen des Fürsten den Gehorsam, und man glaubt, ständig der Resignation des Hospodars entgegenzutreten zu müssen. — Auf von Bucharest hat man Befrei, die dort ebenfalls einen nahen Ausbruch der allgemeinen Unzufriedenheit befürchten lassen. Mehrere Correspondenzen aus der Walachai geben fast zu dem Glauben Anlaß, daß Stirbey, Bruder des Fürsten Bibesco, mit den walachischen Untertanen in einiger Verbündung stehe.

Paris, vom 1. Februar. (A. Pr. 3.) Ich erhalte Mittheilung vom Bahale einer D. p. sch., welche Baron von Bourqueney mit der letzten Post aus Konstantinopel der Regierung zugesendet hat, und welche in Bezug auf den inneren Frieden des türkischen Reiches lebhafte Befürnisse ausdrückt. Federmann weiß, daß Sultan Mahmud in den letzten Jahren seiner Regierung eine Art Nationalgarde unter dem Namen Ketsi einführte, deren Organisation nach dem Muster der französischen Nationalgarde geschah. So unter Anderem wurde den türkischen Nationalgardisten versprochen, daß sie nicht zu dem eigentlichen Militärdienst der regulären Truppen verwendet werden sollten. Ungeachtet dieses Versprechens verordnete kürzlich Riza Pascha, daß ein bedeutender Theil von National-Gardisten den regulären Truppen einverlebt werden sollte, um gleich diesen die Kriegszeit zu überstehen. Man kann sich denken, welche Bestürzung eine solche Maßregel hervorbrachte. Nur mit Gewalt konnte man die türkischen National-Gardisten aus ihren Häusern reißen, um sie in die Kasernen zu stecken, wo sie indessen nicht lange blieben, indem eine allgemeine Desertion eintrat, wobei die Soldaten der regulären Truppen mit den Nationalgardisten zugleich davontreten. Da erschienen jene strengen Strafgesetze gegen die Deserteure, welche vor etwa einem Monate auch den fremden Legationen in Konstantinopel mitgeteilt wurden. Um das Offizier-Corps zu Gunsten der neuen Militair-Maßregel zu gewinnen, ließ Riza Pascha den Sold der Offiziere, und besonders der Regiments-Kommandanten, bedeutend erhöhen. Diese verdoppelten ihre Vorschlässe-Maßregeln gegen die Möglichkeit der Desertion. Die Nationalgardisten singen an

des Nachts durch die Fenster der Kasernen zu entspringen. Als die Offiziere dessen gewahrt wurden, verschärfen sie die Bewachung. Nichtsdestoweniger gelang es noch vielen Nationalgardisten durch die Kloaken zu entfliehen. Die Anzahl der Deserteure wird auf mehrere Tausende angeschlagen. Da sie in Folge der neuen Desertionsgesetze nicht wieder in den Schoß ihrer Familien zurückkehren können, so haben sie sich in die Gebirge zurückgezogen, wo sie mehrere furchtbare Räuberbanden bilden. Die Pforte wagt nicht, Truppen gegen dieselben auszuschicken, befürchtend, daß unterwegs das Auszeichen unter den Truppen noch größer werde. Die Räuberbanden, nun bereits kühner gemacht, rotten sich zusammen, um in die Ebenen herabzusteigen und die benachbarten Städte mit Contributionen zu belagern. Diese Nachricht wurde beim Abgang des letzten Couriers durch einen Tartar dem Divan überbracht.

A m e r i c a.

Nach den neuesten, freilich ziemlich verdächtigen Berichten des British Packet von Buenos Ayres vom 3. Decbr. befand sich Montevideo in der größten Noth.

Dem Befehlshaber der Garnison, Basque, war es nicht gelungen, bei den freudigen Kaufleuten eine Anleihe aufzunehmen, und Rivera selbst, der bekanntlich das Feld hält, soll zwei Mal von Urquiza geschlagen worden sein.

New Orleans Blätter bringen die unerwartete Nachricht aus Mexico vom 9. Decbr., daß der Friede mit Yucatan so gut wie abgeschlossen sei. Santa Anna soll sehr wichtige Depeschen aus London bekommen haben. Sie mögen sich wohl auf die von dem mexikanischen Gesandten in London (wie die Times schon vor längerer Zeit berichteten) bewirkte gütliche Ausgleichung des Streites wegen der Flaggenbeschimpfung beziehen.

M i s c e l l e n.

Der König von Sachsen hat dem Dr. Schr. von Reden in Berlin die große goldene Medaille für wissenschaftliches Verdienst verliehen.

Vom Rhein, vom 2. Februar. — List's vortrefflich redigirtes Zollvereinsblatt bringt in einer seiner neuesten Nummern folgende beherzigenswerthe Betrachtungen über die Maschinenfabrikation in Frankreich und die polytechnischen Schulen in Deutschland: „Im

Laufe der letzten Jahrzehnte hat die Maschinenfabrikation in Frankreich ungeheure Fortschritte gemacht, und sie röhmt sich, in mancher Beziehung der englischen den Rang abgelassen zu haben. Das Echo Valenciennes versichert, die Locomotiven würden an jeho in Frankreich der höheren Preise des Roheisens ungeachtet, so wohlfeil als in England und in Beziehung auf Qualität vorzüglicher fabriert. Während man unsagt dasselbe, noch vor nicht gar langer Zeit alle Fähigkeit abgesprochen hat, tüchtige Maschinen zu liefern, giebt uns bereits das Ausland, namentlich Deutschland und Italien, in der Maschinenfabrikation den Vorzug, weil unsere Fabriken bessere Arbeit liefern. Deutschland ist also in dieser Beziehung bereits von Frankreich abhängig, ungeachtet der großen Anzahl und der Vortrefflichkeit seiner polytechnischen Institute. Was hilft's daß man die jungen Leute in der Mechanik unterrichtet, wenn sie, nachdem ihre Bildung vollendet ist, keine Gelegenheit haben, das Erlernte im Lande auszuüben? Ein berühmter Direktor eines ausgezeichneten polytechnischen Instituts am Rhein versicherte vor kurzem in einem Privatschreiben, seine besten Schüler seien in Belgien, Frankreich und England angestellt. So, während Deutschland mit seinen Capitalien die fremde Industrie nährt, liefert es ihr auch noch die tüchtigsten Techniker.“

S chlesischer Nouvelles-Courier.

T a g e s g e s c h i c h t e.

+ Breslau, vom 9. Februar. — Vor einiger Zeit wurden hier Orts aus der Schenkstube eines Bierhauses auf der Schweidnitzer Straße ein Pallito von schwarzem Tuche und einem Kürschner, welcher in dem Flure desselben Hauses seine Waaren feilbietet, ein Paar neue Mützen, aus der Gaststube eines nicht weit von hier gelegenen beliebten Kaffeehauses aber nach einander verschiedenen dort anwesenden Gästen eine Mütze und ein Paar Handschuhe, aus dem Keller eines hiesigen Weinkaufmanns am 30. vor. M. ein Fäßchen Wein und einem Leinwandfabrikanten aus dem Gebirge in der Nacht vom 30. zum 31. December a. pr. von seinem Wagen auf dem Hofe eines Gasthauses an der Straße nach Klettendorf 3 Schock gute und 4 Schock weiße Leinwand von minderer Güte entwendet, ohne daß man bis jetzt auch nur ahnen konnte, wer sich der Verübung dieser Diebstähle schuldig gemacht habe. Als am 5ten d. M. aus der einen Gaststube des oben erwähnten Kaffeehauses jedoch wieder ein Damenschmantel von Tuch gestohlen und derselbe bald darauf auf der Straße in den Händen eines in einem anderen nahe gelegenen Dörfe wohnenden Mannes wieder gefunden wurde, drängte sich dem Gendarmen, den man aus der Stadt hinzugerufen hatte um jenen zu verhafteten, von selbst die Vermuthung auf, daß sich derselbe wohl auch wenigstens der übrigen schon früher an diesem Orte unter ähnlichen Umständen vorgefallenen Diebstähle schuldig gemacht haben möchte und nahm deshalb später nach der wirklich erfolgten Verhaftung des Verdächtigen mit Buzierung der betreffenden Dorfgerichte eine Haussuchung in dessen Wohnung vor. Hier fanden sich denn auch wirklich nicht allein die früher entwendeten Handschuhe nebst Mütze, sondern auch an verschiedenen Orten verborgene die vorhin gedachten anderwärts gestohlenen Gegenstände vor; während die Nachforschungen über die näheren Umstände, unter welchen dieselben überhaupt entwendet worden seien, und die frühere Aufführung des Verhafteten ergaben, daß sich derselbe um die Zeit der Verübung immer auch an Ort und Stelle befunden und in früheren Lebensverhältnissen auch schon Strafe wegen Diebstahl erlitten habe.

In der verflossenen Nacht zwischen 12 und 1 Uhr brach in der sogenannten Frohleinams-Mühle vor dem Sandthore links an der Straße nach der Vorder- und Hinterbleiche Feuer aus und verbreitete sich mit einer so reißenden Schnelligkeit in den inneren Räumen derselben, daß, bevor die in gewöhnlicher Weise aufgerufene, allgemeine Löschhülfe in so ausreichendem Maße geleistet werden konnte, um die Flammen auf ihren eigentlichen Heerd zu beschränken, sich dieselben auch nach außen bereits über das ganze Gebäude verbreitet hatten. Sie zerstörten daher nach und nach nicht allein das ganze Mühlwerk und Gebäude bis auf den Grund, sondern ergriffen, durch die, zwischen dem letzteren und der am Anfange der Mühlgasse auf dem Sande rechts sub No. 1 gelegenen Sandmühle nach vorn und hinten eingerichtet gewesenen Fournierschneide- und Del-Presswerke über die unterhalb derselben wegführende Fluthrinne in die Mühlgasse hinübergeleitet, dann auch die zuletzt gedachte Mühle und das zunächst an dieselbe stoßende Gebäude, und endlich sogar die dem Mühlengebäude gegenüberliegende Häuserreihe der Mühlgasse von

No. 21 aufwärts bis an die hinter No. 25 gelegene Salomon-Apotheke. Denn bei aller Sorgfalt und Mühe war es durchaus nicht möglich, die letztere ausreichend gegen die wahrhaft furchtbare Gluth zu schützen, welche durch das Feuer in dem engen Straßenraume erzeugt wurde, daher fast keine Annäherung mit Löschgeräthen gestattete und sogar die der Mühlgasse zugewendete Nebenfronte der Apotheke, die Frohleinamsbrücke und das vor derselben gegenüber an der neuen Sandstraße liegende Sandpfarrtei-Gebäude, wie die zum Theil schon weit verholt und nur mit grösster Anstrengung immer wieder gelöscht Brückengänger und Fensterkreuze, die ganz zerborstenen Fensterscheiben u. der herabgestürzte Mauerputz hinzüglich beweisen, auf das Acuérste bedrohte. Uebrigens war diese schnell verheerende Wirkung des Feuers zum größten Theile die Folge des zur Zeit der Entstehung noch sehr heftig aus Abend wehenden Windes, welcher nicht allein Glut und Flammen vor sich hintrieb, sondern auch einen so ungeheueren Funkenregen aufwirbelte, und bis weit hin über den Dom hinweg trug, daß sowohl das Logen-Gebäude, als auch die Blinden-Anstalt, Kreuzkirche u. s. w. beinahe ganz von ihm verhüllt wurden. Erst nach einer ununterbrochenen achtstündigen, seit lange hierorts beispiellosen Anstrengung Seitens der Löschenden und des sie dirigirenden Personals gelang es der Flamme so weit Einhalt zu thun, daß eine weitere Verbreitung derselben nicht mehr zu befürchten stand. Der durch sie angerichtete Schade muß nothwendig sehr beträchtlich sein, da außer den vielen Immobilien und Maschinenwerken zum Mahlen, Fournierschneiden und Delpressen, auch eine bedeutende Menge Mobilien, Mehl und Getreide, Raps, Del und andere Vorräthe ganz vernichtet worden sind, indem an deren Rettung an vielen Orten gar nicht gedacht werden konnte. Ueber die Entstehung des Feuers sind in der Nähe der Brandstätte dieses Mal selbst nicht ein Mal Vermuthungen laut geworden, so sehr war die Thätigkeit aller Unwesenden nöthig und wirklich in Anspruch genommen, und Ermittlungen hierüber anzustellen, ist natürlich bis jetzt noch nicht möglich gewesen. Weiß man doch selbst den Punkt noch nicht ein Mal genauer, von wo aus sich das Feuer nach den gedachten Richtungen hin verbreitet hat, da die von Augenzeugen in Bezug hierauf gemachten Mittheilungen wenigstens sehr verschiedenartig lauten.

* Landeshut. Die Wirksamkeit des hiesigen unter der Leitung der Madame Duttenhofer bestehenden Frauenvereins ist fortwährend eine sehr erfreuliche. An diesen Verein schließt sich unterstützend die Mildthätigkeit der Frau Rector Dr. Kayser, welche eine Anzahl armer Mädchen unentgeltlich in weiblichen Arbeiten unterrichtet, und die einzelnen Sachen, die gearbeitet werden, für den Frauenverein anfertigen läßt. So ist auch das Institut des hiesigen Frauenvereins eine neue Bestätigung: Je grösser die Noth, desto mächtiger die Beweise der helfenden Liebe. Und solche erfreuliche Erscheinungen wahrer Theilnahme treten auch in anderen Beziehungen allbier hervor. So gibt gegenwärtig der hiesige Bürger und Presbyter Heyn ein Tagebuch für Landeshut heraus, wo jeden Tag angegeben ist, was

sich hierorts ereignet. Dabei ist ein Raum gelassen, um diese Nachrichten fortzuführen zu können. Der Ertrag ist zum Besten eines Bürgerrettungsinstituts bestimmt. Das Unternehmen hat bis jetzt den erwünschtesten Erfolg gezeigt. Außerdem sind noch außerordentliche Beiträge zu diesem Zwecke eingegangen; unter andern eine nahmaste Summe als Ertrag einer theatralischen Vorstellung bei der hiesigen Cassinogesellschaft. Uebrigens verlautet auch das Gericht, daß die hiesige Commune die wohlthätige Absicht habe, eine Klein-Kinderbewahranstalt zu begründen. Würde auch dieses Vorhaben ausgeführt, so wäre damit einem längst gefühlten Bedürfnisse abgeholfen und dem frommen Wunsche vieler entsprochen. Doch auf's Kräftigste bestätigt sich der treffliche Sinn der hiesigen Commune, der nur immer aufs Beste gerichtet ist, in der Absicht, an hiesiger höhern Bürger- und Stadtschule die Lehrkräfte noch zu vermehren. Erwagt man die allgemeine Nahrungslosigkeit und den Nothstand der Weber im Gebirge, von dem der Städter hart mitgetroffen wird, so würde solches Opfer und solche Anstrengung für diesen Zweck zu ganz besonderem Ruhm gereichen. Zunächst soll, sagt man, der überfüllten Elementarklasse ein Hülfeslehrer beigegeben werden. Außerdem aber würde die Quarta hiesiger Bürgerchule eine Parallelklasse erhalten, in welcher diejenigen Schüler Aufnahme finden sollen, welche keine höhern Schulzwecke verfolgen, und schon dieser halb, als auch wegen Mangel an den nöthigen Kenntnissen und an Besäbigung in dieser Klasse für das Fortschreiten ihrer Mischuler nur sidrend einwirken, denoch aber wegen ihres vorgerückten Alters und des erlangten nothwendigen Elementarwissens Berücksichtigung verdienen, und nicht mehr in den untern Klassen sein können. Es dürste der Unterricht in dieser Nebenklasse wechselseitweise von den Lehrern besorgt werden; dagegen eine erhöhte Lehrkraft erwachsen in einem noch wissenschaftlichen Lehrer, welcher für die oberen Klassen angestellt werden soll. Bei gegenwärtigem Stande möchte der Lehrer unter der vielen Arbeit erliegen, später bei erschöpfter Kraft müste der Nachtheil auch die Schüler treffen. Das wird auch von der Commune nicht verkannt, sondern das Bessere gewünscht, und soll auch, so nur irgend möglich, bewerkstelligt werden; kommt es aber dahin, so ist die Anstalt unter der tüchtigen Leitung unsers Rectors nicht bloss für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft sodann allen Auswärtigen, die ihren Kindern eine höhere Bildung für Leben, oder für bestimmte Berufszwecke geben lassen wollen, immer angelegerlicher bestens zu empfehlen.

Oppeln, vom 6. Februar. — Der Weltpriester Karl Weckert ist als Lehrer der oberen Knabenklasse bei der kathol. Stadtschule in Ratibor, der bisherige Schuladjunkt Jacob Thomczik zum kathol. Schullehrer in Jernau, Kreis Leobschütz, vocirt und bestätigt und der bisherige katholische Schullehrer Jacob Schemka zu Rogau, Kreis Gose, nunmehr definitiv angestellt worden.

Die Rathsherrin Commerzienrath Albrecht, K. u. C. Schlossermeister David, Fleischermeister Ulrich, zu Ratibor, so wie der Müllermeister Georg Breitkopf in Bauerwitz sind anderweit auf 6 Jahre ge wählt und bestätigt worden.

